

Zur Unterstützung
durch die USA nach dem
9. November 1989

Der Mauerfall als Ernstfall deutsch-amerikanischer Allianz

Manfred Wilke

Mit dem Fall der Berliner Mauer begann politisch der Weg zur Bildung des zweiten deutschen Nationalstaates.

Der Fatalismus, mit dem die Deutschen bis zum Mauerfall in beiden Staaten die Teilung ihres Landes hingenommen hatten, war der Einsicht geschuldet, dass die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges sich nicht darüber einigen konnten, welchen Platz ein vereintes Deutschland in einer europäischen Friedensordnung haben sollte. Ohne das Einverständnis und die Mitwirkung der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs, die ihre Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes seit 1945 aufrechterhielten, war das deutsche Problem nicht zu lösen. Die Konsequenz dieser Auseinandersetzung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion führte 1949 zur Bildung zweier deutscher Staaten, die sich beide als Kernstaaten für ein künftiges Gesamtdeutschland verstanden.

Der zweite Nationalstaat und der Fall der Mauer

In den vierzig Jahren der Teilung bildete der Bau der Berliner Mauer eine Zäsur. Alle Pläne zur Wiedervereinigung beider Seiten waren gescheitert. Die internationale Konstellation zwang die Regierung der Bundesrepublik, den Status quo der Teilung zu akzeptieren und ihn gleichzeitig auch zu regulieren. Die Frage deutscher Selbstbestimmung im Kalten Krieg war eine, die mit dem europäischen Frie-

den untrennbar verbunden war. Die Lektionen über den begrenzten Handlungsspielraum deutscher Politik zur Überwindung der Teilung des Landes waren hart und unmissverständlich: die Berliner Blockade 1948/49, der 17. Juni 1953, als sowjetische Panzer die SED-Diktatur in der DDR vor ihrem aufbegehrenden Volk schützten, und nicht zuletzt der Bau der Berliner Mauer 1961. Die von Willy Brandt geführte sozialliberale Koalition hatte im Rahmen ihrer Ostpolitik die DDR als Staat anerkannt und den Status quo der Teilung innerdeutsch vertraglich geregelt.

Beide deutschen Staaten hatten 1975 die Schlussakte von Helsinki auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet, und sie waren gemeinsam in die Vereinten Nationen aufgenommen worden. Bis zum „Bericht zur Lage der Nation“, den Bundeskanzler Helmut Kohl am 8. November 1989 im Bundestag vortrug und in dem er von der SED als Bedingung für wirtschaftliche Hilfe seitens der Bundesrepublik den Verzicht auf ihr diktatorisches Machtmonopol forderte, vermied jede Bundesregierung nach Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR jede offene Einmischung in die DDR, und das galt auch im Herbst 1989. Erst mit diesem Schritt nahm die Bundesregierung Partei für die Opposition in ihrer Auseinandersetzung mit der SED. Zu diesem Zeitpunkt hieß das Schlüsselwort der Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR *Selbstbestim-*

mung, nach vierzig Jahren Teilung war das Votum der Bevölkerung in der DDR offen. Es war nicht ausgeschlossen, dass eine Mehrheit für eine eigenständige, aber demokratische DDR und somit gegen eine deutsche Vereinigung votieren würde.

Die alles überschattende Frage dieser Zeit aber war: Wie wird die Sowjetunion auf die Entwicklung im deutschen Schlussstein ihres Imperiums reagieren? Eine Frage, die die Bürgerrechtler in der DDR, die Bundesregierung und das westliche Bündnis gleichermaßen beschäftigte. Alle wussten, die Lösung der Krise in der DDR wird durch die sowjetische Reaktion entschieden. Die Wahrnehmung der Krise durch die SED-Führung wird am besten illustriert durch die Frage des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, in einer Dienstbesprechung mit seinen Generälen am 31. August 1989: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“

Aber auch auf westlicher Seite gab es ähnliche Besorgnisse. So fragte der stellvertretende Außenminister der Vereinten Staaten, Lawrence Eagleburger, bei seinem Besuch in Bonn eine Woche später den Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, wie gefährlich sich die Lage in der DDR entwickeln könnte, wenn es keine Reformen gebe, und ob die Gefahr eines Volksaufstandes bestehe.

Die Angst vor der strukturellen Gewalt der SED-Diktatur und die historische Erfahrung mit den Kommunisten wurden am 4. Juni noch einmal verstärkt, als die chinesische „Volksbefreiungsarmee“ in Peking die Demokratiebewegung mit militärischer Gewalt unterdrückte. Das DDR-Fernsehen wiederholte den chinesischen Propagandafilm über die Niederschlagung der „Konterrevolution“ mehrmals. Dies war der Hintergrund für das intuitive Bestehen der Demonstranten in der DDR auf Gewaltlosigkeit. „Keine Gewalt“ wurde von programmatischer Bedeutung für den Verlauf der demokratischen Revolution.

Die Schwierigkeit in der Darstellung der zweiten deutschen Nationalstaatsgründung 1990 besteht in ihrer unübersichtlichen Komplexität, die keinem strategischen Plan folgte, wie im Fall der von Otto von Bismarck mit drei Kriegen herbeigeführten preußischen Reichsgründung 1871. Es gab in Deutschland im Herbst 1989 kein koordinierendes Zentrum, das die Ereignisse in der DDR zu steuern vermochte, die wiederum die Grundlage für die Reaktivierung des gesamtdeutschen Mandats der Bundesregierung lieferten.

Aber bevor die internationale Politik sich im Herbst mit der aktuell gewordenen deutschen Frage befasste, ging es vor dem 9. November 1989 in der DDR um deren Demokratisierung.

Der 9. November und die internationale Konstellation

Der Prozess der Zerstörung der SED-Diktatur in der DDR und die internationales Verhandlungen zur Lösung des deutschen Problems geschahen gleichzeitig. Das Faszinierende ist das Zusammenspiel von Flüchtlingen, Opposition und Bundesregierung in dieser Anti-SED-Bewegung. Es sind Ereignisse wie die Leipziger Demonstration vom 9. Oktober, die Zulassung des Neuen Forums und vor allem die Überwindung der Berliner Mauer, die den Prozess strukturierten. Rückblickend wurde mit dem 9. November 1989 der Weg in die deutsche Einheit unumkehrbar, und unübersehbar wuchs mit diesem Ereignis das innen- und außenpolitische Gewicht der Bundesregierung im Vereinigungsprozess.

Nach dem Fall der Mauer kam auf die deutsch-amerikanische Allianz erneut eine Bewährungsprobe zu, als es um die Frage ging: Ist die deutsche Einheit international durchsetzbar? Dies galt nicht allein gegenüber der Sowjetunion, sondern auch im westlichen Bündnis.

Die Lösung, die die Deutschen im Herbst 1989 zur Überwindung der Spaltung ihres Landes fanden, brach mit allen deutschlandpolitischen Plänen der Alliierten oder der Deutschen vor 1989. Seit 1945 standen in allen Konzeptionen am Anfang eines solchen Prozesses die Verhandlungen der alliierten Siegermächte über den internationalen Status eines vereinigten Deutschland. Die Spaltung war schließlich eine unmittelbare Folge des vom Deutschen Reich entfesselten und verlorenen Zweiten Weltkrieges. Die Staatengemeinschaft hatte somit ein elementares Interesse daran zu verhindern, dass erneut ein übermächtiges Deutschland als europäische Zentralmacht den Kontinent mit Krieg überzieht.

1989 wurde dieser Fahrplan zur Einheit umgekehrt. Am Anfang stand der Sturz der SED-Diktatur in der DDR. Dieser Systemwechsel wurde von der Sowjetunion ebenso hingenommen wie die deutschlandpolitischen Initiativen der Bundesregierung, die auf internationaler Ebene durch die Fluchtbewegung aus der DDR nach Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei ausgelöst wurden. In wenigen Monaten, vom Juli bis zum November, bildete sich ein deutsch-deutsches Interaktionsschema heraus. Es gab eine nationale Dimension, die öffentlich erst mit den Fernsehbildern sichtbar wurde. So mit waren bis zum Fall der Berliner Mauer die vier Mächte noch nicht gefragt, noch war das Thema deutsche Einheit nur Gegenstand von Hoffnungen oder Befürchtungen wie all die Jahrzehnte zuvor. Aber der Fall der Mauer änderte dies schlagartig. Jetzt waren die Westmächte gefragt. Schließlich hatte das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin von 1971 festgelegt, dass „die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat, [...] nicht einseitig verändert wird“. In der Tat, keine der beteiligten Mächte hat die Lage in diesem Gebiet, mit dem das gespaltene Berlin umschrieben wurde, „einseitig“ ver-

ändert. Dies taten Berliner aus dem Ost- und Westteil der Stadt, nachdem die SED-Führung auf einer Pressekonferenz bekanntgab, die DDR wolle ihren Bürgern Reisefreiheit gewähren. Spontan setzten diese an den Übergangsstellen die Aufhebung der Grenzkontrollen von Ost nach West durch und überwanden vor dem Brandenburger Tor die Mauer. Damit überraschten sie in dieser Nacht die Welt und auch die vier Mächte. Die Überwindung der Mauer geschah in einer Form, die weder plan- noch vorhersehbar war und die vor allem völlig unpolitisch wirkte. Es ging um „Wiedersehen“ und noch nicht um „Wiedervereinigung“, in Berlin und an der innerdeutschen Grenze herrschte Volksfeststimmung. Trotzdem trauten viele Menschen diesem Zustand nicht, und in die Fröhlichkeit mischte sich Angst, dass diese Grenze wieder mit Gewalt geschlossen wird. Diese Angst war nicht unbegründet. Die Gefahr einer gewaltsamen Aktion, um die Mauer wieder zu schließen, bestand. Am 10. November versetzte die NVA-Führung über 20 000 Soldaten in Alarmbereitschaft, und dieser Befehl wurde erst einen Tag später aufgehoben.

Der amerikanische Präsident George Bush sah den Fall der Mauer am Nachmittag Washingtoner Zeit im Fernsehen. Brent Scowcroft, der Sicherheitsberater des Präsidenten, erinnert sich, dass Bush das Ereignis gegenüber Journalisten zurückhaltend kommentierte, „um die Sowjets nicht durch schadenfrohe Bemerkungen zu demütigen oder, wie er es ausgedrückt hatte: ‚Ich werde mir nicht auf die Brust schlagen und auf der Mauer tanzen‘.“

Der Fall der Mauer war ein mediales Weltereignis. Die Fernsehstationen übertrugen das Berliner „Volksfest“ weltweit, und Bush musste sich von amerikanischen Journalisten deshalb an diesem 9. November fragen lassen, ob er „die Bedeutung dessen, was geschehen war,

nicht verstand“ oder ob dieses Ereignis keine Priorität für seine Politik habe. In seinen Erinnerungen berichtet Bush, dass während dieser Pressekonferenz im Weißen Haus seine Gedanken um eine andere Frage kreisten, nämlich „um ein mögliches Einschreiten der Sowjetunion, wodurch alle Glückseligkeit in eine Tragödie verwandelt werden könnte“ (George Bush und Brent Scowcroft, *Eine neue Welt*, 1999). Der amerikanische Präsident, der sich vorgenommen hatte, den Kalten Krieg zu beenden, musste nun, nach diesem gewaltigen „Sieg für unsere Seite“, überlegen, ihn in einen dauerhaften Erfolg für den Westen im Einklang mit der Sowjetunion zu verwandeln.

Die entscheidende Weichenstellung erfolgte in den kritischen Tagen nach dem Fall der Mauer, als das Ziel der Rekonstruktion eines deutschen Nationalstaates noch offen war. In diesen Tagen fielen die Würfel für die Einheit durch die Entscheidungen der amerikanischen Regierung.

Die sowjetische Reaktion: keine Gewalt, aber Schutz der DDR

Die Deutschen haben von ihrer zweiten Nationalstaatsbildung 1990 noch immer kein unumstrittenes Selbstverständnis. Das Ereignis ist noch zu nah, und die Erfahrungen des Volkes und die Perspektiven der beteiligten Akteure sind noch nicht zu einem historischen Bild geworden. Dieses Urteil gilt auch im Hinblick auf die internationale Ebene und die damit verbundenen Veränderungen der bipolaren Blockkonfrontation zwischen der Sowjetunion und dem Westen Ende der 80er Jahre. Die zweite Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die sich mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur in Deutschland befasste, kommt zu dem Ergebnis, dass neben der friedlichen Revolution in der DDR und der Vereinigungspolitik der Bundesregierung vor allem durch die „Hilfe der

Vereinigten Staaten“ die Einheit international durchgesetzt werden konnte. „Die deutsche Einheit musste der Sowjetunion abgerungen werden.“ Die eigentliche Bedrohung für Veränderungen lag in der sowjetischen Reaktion.

Gorbatschow schließt, als die Berliner die Mauer öffneten, und niemand in Moskau hat ihn geweckt. Eduard Schewardnadse, damals Außenminister, berichtete später, „dass er und Gorbatschow [...] sehr aktiv zur Gewaltanwendung gedrängt wurden. Man solle, so wurde ihnen nahe gelegt, nach den Szenarien von 1953, 1956 und 1968 handeln. Konkret sei vorgeschlagen worden, an der deutsch-deutschen Grenze „Divisionen und Sperranlagen aufzustellen und die Triebwerke der Panzer anzukurbeln“. Zu jenen, die eine gewaltsame Schließung der Grenze nach dem Mauerfall erwogen, gehörten laut Sagladin viele Mitarbeiter im Außen- und Verteidigungsministerium sowie in der internationalen Abteilung. [...] Es dürfte Gorbatschows resolute Führung am 10. November 1989 zu verdanken sein, dass das sowjetische Militär nach dem Mauerfall in Berlin in den Kasernen blieb“ (Rafael Biermann, 1997).

Nachdem die Sowjetunion keinen gewaltsamen Versuch unternahm, dieses Loch im „Eisernen Vorhang“ wieder zu schließen, war die mögliche Katastrophe für die friedliche Revolution in der DDR abgewendet. Das sowjetische Außenministerium wertete die Öffnung der Mauer am 10. November als Akt der souveränen DDR und begrüßte diesen Schritt. Das diplomatische Spiel zwischen den Mächten um die Lösung der wieder aktuell gewordenen deutschen Frage begann. Kohl wurde am selben Tag von Gorbatschow telefonisch aufgefordert, die Frage der Einheit nicht weiter zu thematisieren, um die emotionale Stimmung in der DDR nicht weiter anzuheizen. Mit dem Argument, die Ereignisse in Deutschland müssten unter Kontrolle bleiben, wandte

er sich an die Präsidenten der Vereinigten Staaten und Frankreichs, George Bush und François Mitterrand, und an die britische Premierministerin Margaret Thatcher mit dem Vorschlag, dass sich die Vertreter der vier Mächte sofort treffen sollten, „damit die Ereignisse nicht einen Verlauf nehmen, der nicht wünschenswert ist“.

Zehn Jahre später beschreibt Gorbatschow eine andere Begegnung mit der deutschen Frage in seinen Erinnerungen. Er erinnert sich an 1985. Damals übernahm er die politische Führung der Sowjetunion als Generalsekretär der KPdSU und wurde damit auch verantwortlich für das deutsche Problem im geteilten Europa. Er will sich gefragt haben: „War die Teilung Deutschlands nach dem Krieg wirklich notwendig? War der Preis, den Deutschland dafür zahlen musste, dass Hitler den Krieg entfesselt hatte, gerechtfertigt?“ Rückblickend verneinte er diese Frage und beteuerte, dass die Sowjetunion nicht die Spaltung Deutschlands wollte, „obwohl die Völker der UdSSR mehr als andere unter der Hitlerschen Aggression gelitten haben. Stalin erwies sich als historisch scharfsinniger und, sagen wir, objektiver: ‚Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.‘ Er spürte anscheinend besser als seine Bündnispartner die langfristige Unzulänglichkeit, die historische Perspektivlosigkeit der damaligen Entscheidung“ (Michail Gorbatschow, *Wie es war*, 1999).

Wenn wir heute versuchen, uns zurückzufinden, was in dieser Zeitenwende geschah, sind wir längst konfrontiert mit der Interpretation der Akteure nach den Ereignissen. Aber 1989 war es wichtig, wie die Vereinigten Staaten auf Gorbatschows Vorschlag reagierten. Erneut ging es um die Bewährung der westdeutsch-amerikanischen Allianz nach 1945. Die Frage war: Würde die amerikanische Regierung sich ohne Konsultation

mit ihrem deutschen Alliierten an Vier-Mächte-Gesprächen beteiligen? Wie ernst die deutsche Seite eine solche Möglichkeit nahm, das verdeutlicht eine Eintragung im Tagebuch von Horst Teltschik, dem außenpolitischen Berater von Bundeskanzler Kohl. Kurz bevor der Bundeskanzler am 9. November nach Warschau abflog, trug er dem Kabinett eine Erklärung vor (die gebilligt wurde), „dass er jede Art von Vier-Mächte-Kontakten über die Köpfe der Deutschen hinweg ablehnt“. Das Bündnis funktionierte, Scowcroft, der nationale Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, informierte Teltschik über diesen sowjetischen Vorschlag, und die Deutschen wurden vom Präsidenten einbezogen, als er seine Antwort an Gorbatschow formulierte. Es gab keine Vier-Mächte-Verhandlungen über die Köpfe der Deutschen hinweg.

Noch versuchte die Sowjetunion, die DDR als Staat zu stabilisieren. Am 13. November wurde der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Jurij Kwizinski, im Kanzleramt vorstellig, um gegenüber Kanzleramtsminister Rudolf Seiters offiziell zu erklären, dass die Sowjetunion wünsche, dass die Bundesrepublik „die DDR als einen souveränen Staat behandelt“. Vier Tage später gab in Ost-Berlin vor der Volkskammer der neue Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow (SED), seine Regierungserklärung ab, in der es hieß: „Mit der angestrebten, ja bereits begonnenen Reform unseres politischen Systems wird auch der Weg zur Wahrung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsprozesses des Volkes der DDR auf neuer Grundlage gegangen. Damit wird die Legitimation der DDR als sozialistischer Staat, als souveräner deutscher Staat erneuert. Nicht durch Beteuerung, sondern durch eine neue Realität des Lebens in der DDR wird den ebenso unrealistischen wie gefährlichen Spekulationen über eine Wiedervereinigung eine klare Absage erteilt.“ Im letzten Satz antwor-

tete Modrow auf einen Sprechchor der Leipziger Montagsdemonstranten vom 13. November: „Deutschland einig Vaterland!“ Das unkoordinierte innerdeutsche Bündnis gegen die SED – bestehend aus Flüchtlingen, Bürgerrechtler und Bundesregierung – ließ auch der Regierung Modrow keine Atempause. Zu tief saß das Misstrauen in der DDR-Bevölkerung gegenüber den Absichten der SED, um Modrow Glauben zu schenken, wenn er jetzt beteuerte, „die Zusammenarbeit mit der BRD umfassend auszubauen und auf eine neue Stufe zu heben“. Am selben Tag, dem 17. November, antwortete Bush auf Gorbatschows Botschaft, die zuvor mit Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik abgestimmt wurde. „Es war das erste, aber bei weitem nicht das letzte Mal, dass die Vereinigten Staaten die Rolle des Moderators übernahmen, um eine einheitliche westliche Antwort auf die Ereignisse in Deutschland zu Stande zu bringen.“

Bush sicherte Gorbatschow zu, die öffentliche Ordnung müsse aufrechterhalten werden, und auch die Bundesrepublik sei an einem geordneten evolutionären Veränderungsprozess interessiert. An diesem Tag bilanzierte Teltschik in einer Vorlage für den Kanzler die Haltung der drei Westmächte und der Sowjetunion zur deutschen Einheit: „Unter den drei Westmächten gibt es eine deutlich abgestufte Haltung zur Wiedervereinigung: am positivsten die USA, zurückhaltender Frankreich und gegenüber beiden deutlich abfallend Großbritannien. [...] Der mögliche Prozess einer Wiedervereinigung wird – soweit überhaupt angesprochen – als langsam, vorsichtig, demokratisch und evolutionär gewünscht, ebenso wie eine Einbettung in den europäischen Einigungsprozess. Die besondere Verantwortung (Deutschlandvertrag) wird – wenn überhaupt – dann nur sehr zurückhaltend zum Ausdruck gebracht.“

Der Autor bezieht sich in seiner Vorlage auf Artikel sieben des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten und das in der Fassung vom 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Die Unterzeichnerstaaten erklärten: Eine „frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll“, sei „ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik“. Die drei Westmächte verpflichteten sich schließlich gegenüber der Bundesrepublik, „mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wieder vereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist“.

Um diese Perspektive ging es ihm, Teltschik, aber nur die USA haben sich insgesamt – wenn auch mit Nuancen – am deutlichsten für die Wiedervereinigung ausgesprochen. Dies gilt insbesondere für Präsident Bush, aber auch zum Beispiel für den Mehrheitsführer im US-Senat, den Demokraten Mitchell. „Im Gegensatz dazu“, notierte Teltschik, „vertraten Generalsekretär Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse klar die Position, dass die Wiedervereinigung jetzt nicht zur Debatte stehe‘ und lediglich in einer fernen, nicht sehr konkret gesehnen Zukunft nur bei Auflösung der Militärpakte, Beachtung der bestehenden Grenzen und nicht in Form einer ‚Absonderung‘ der DDR denkbar sei.“

Die Vereinigten Staaten beziehen Position

Wenige Tage später nahm die amerikanische Position zur deutschen Frage Gestalt an. Der amerikanische Außenminister James A. Baker schlug in Vorbereitung des Gipfeltreffens zwischen Gorbatschow

und Bush in Malta Anfang Dezember dem Präsidenten vier Prinzipien vor, die die Politik der Vereinigten Staaten leiten sollten.

Position 1, die Unterstützung der deutschen Selbstbestimmung, schloss zu diesem Zeitpunkt den Fortbestand der DDR als eigenständiger Staat nicht aus. Diese vier Prinzipien lauteten:

Erstens: Unterstützung der deutschen Selbstbestimmung, „ohne sich auf ein bestimmtes Ergebnis festzulegen.“

Zweitens: Die Vereinigung hat auf eine mit der Mitgliedschaft in der NATO und EG verträgliche Weise zu erfolgen.

Drittens: Die Einheit soll in einem friedlichen, schrittweisen Prozess erreicht werden.

Viertens: Hinsichtlich der Nachkriegsgrenzen sind die Grundsätze der KSZE-Schlussakte zu beachten, in denen die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und die Möglichkeit einer friedlichen Veränderung festgeschrieben wurden.“

Während in den Hauptstädten der vier Mächte an den Positionsbestimmungen zur deutschen Frage gearbeitet wurde, mehrten sich in der DDR die Forderungen nach Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit. Die Montagsdemonstrationen am 20. November, in denen sich Hunderttausende versammelten, skandierten nicht mehr „Wir sind das Volk“, sondern sie riefen „Wir sind *ein* Volk“. Teltschik berichtet, dass ihn am 21. November Nikolai Portugallow im Kanzleramt besuchte und ihm zu verstehen gab, dass die sowjetische Führung in der Lösung der deutschen Frage alternativ denke. In dieser Phase beginnt im Bundeskanzleramt die Arbeit am Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit, das Bundeskanzler Kohl am 28. November im Bundestag vorträgt. Er nimmt die Forderungen der Leipziger Demonstranten auf und erklärt, dass die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates das Ziel sei-

ner Politik sei. Damit überrascht er Anhänger und Gegner und besetzt international die deutsche Position. Der Zeitraum von zehn Jahren, in denen die Bundesregierung ihr Ziel der Einheit realisieren wollte, ließ genügend Raum für internationale Verhandlungen.

Am Morgen der Bundestagsdebatte wurde der Text der Rede den befreundeten europäischen Regierungen übergeben. Von dieser Regel gab es eine Ausnahme. Sie betraf den amerikanischen Präsidenten. Mit Blick auf die Zeitverschiebung bekam er den Text zusammen mit einem ausführlichen Begleitschreiben Stunden zuvor. In seinem Brief an Bush bat Kohl den Präsidenten „nachdrücklich, bei seinem bevorstehenden Treffen mit Gorbatschow auf Malta „keinen Festlegungen zuzustimmen“, die das Recht des deutschen Volkes auf freie Selbstbestimmung, um seine Einheit wieder zu erlangen, einschränken.“

Allein diese Bitte spiegelt die Unsicherheit und die Abhängigkeit wider, in der sich die Bundesregierung in Bezug auf die weitere Entwicklung befand. Die Sorgen in Bonn verflogen, als Bush die von Baker formulierten vier Eckpunkte übernahm, die nun die amerikanische Deutschlandpolitik bestimmen sollten. Dieses Konzept entsprach sowohl den Werten als auch den Interessen der Vereinigten Staaten, für die die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO von zentraler Bedeutung war. Brent Scowcroft brachte diese Interessenslage auf den Punkt: „Deutschland ist die geografische Mitte des Bündnisses und seine zweitgrößte Wirtschafts- und Militärmacht. Ein Deutschland außerhalb der NATO würde das Bündnis ausöhnen. Deutschlands Mitgliedschaft war auch aus ganz praktischen Gründen wichtig für die Vereinigten Staaten. Ohne Deutschland und unsere Militärbasen dort würde es schwierig bis völlig unmöglich sein, unsere militärische Präsenz

in der NATO und in Europa aufrechtzuhalten.“

Nach seinem Treffen mit Gorbatjuschow in Malta Anfang Dezember stellte der amerikanische Präsident auf der NATO-Tagung in Brüssel am 4. Dezember die genannten vier Prinzipien der Allianz vor. Zuvor hatte Bundeskanzler Kohl eine weitere Besorgnis der westlichen Bündnispartner ausgeräumt, indem er klarstellte, die europäische Integration und die Mitgliedschaft in der NATO seien unerlässlich auch für das vereinigte Deutschland. Bush erinnert sich zehn Jahre später an die Besorgnis, die in der NATO damals gegenüber der Politik von Kohl bestand: „Wovor seine Nachbarn sich wirklich fürchteten, war, dass die Deutschen im Sinne einer engeren Anbindung an Moskau nach Osten

abdriften könnten“ (was völliger Unsinn war).

Präsident Bush war es gelungen, wenige Wochen nach dem Mauerfall ein Konzept vorzulegen und in der NATO durchzusetzen, das der friedlichen Revolution in der DDR Rechnung trug und die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung unterstützte, ohne die Rechte der vier Mächte aufzugeben, die sie für Deutschland als Ganzes seit 1945 besaßen. Das Ergebnis war der Zwei-plus-vier-Prozess, in dem 1990 zwischen den Hauptsiegermächten und den zwei deutschen Regierungen die internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Vereinigung geregelt werden konnten.

Der Essay basiert auf einem Vortrag bei der 25. Jahrestagung der German Studies Association (GSA), Washington am 7. Oktober 2001

Rückfall in Glaubenskriege

Der Begriff der „Menschenwürde“, den die Neuzeit zum Schutz des biologischen Wesens Mensch vor metaphysischen Anmaßungen etablierte, ist politischer Natur. Seine Pointe ist, dass er [...] vor allem all jenen zugesprochen wird, die für sich, für ihre Würde nicht auftreten können: Sklaven, Behinderten, Drogensüchtigen, Komapatienten. Er schützt gerade jene, die zur Selbstachtung nicht mehr fähig sind – sonst wäre er eine Trivialität. Das Minimum, das er verteidigt, ist, wenn man denn so will, in der Tat eine biologistische Kategorie: das pure Leben. Der politische Begriff der Menschenwürde zieht (allen) kasuistischen Ein- und Ausgrenzungen und auch allen politischen Ambitionen seinerseits eine Grenze, indem er das biologische Wesen Mensch, die Gattung, zum Tabu erklärt. [...] Die politische Idee der Menschenwürde wird gesetzt, um inmitten der Glaubens- und Bekennnisunterschiede einer pluralistischen Gesellschaft ein ziviles Zusammenleben möglich zu machen. An die Menschenwürde in diesem Sinn braucht niemand zu glauben.

Man setzt die Menschenwürde voraus, weil man ahnt, dass das Gemeinwesen sonst in einem Abgrund der mit subtilsten rationalen Argumenten verteidigten Barbarei versinken könnte. Insofern kann in einem politischen Streit auch gar nicht zur Debatte stehen, inwieviel der Embryo „eigentlich“ Menschenwürde besitzt oder nicht – welche allgemein plausiblen Kriterien sollte man dafür in Anschlag bringen? Seine Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung genügt, ihn in den politischen Taburaum der Menschenwürde zu stellen.

(Dies) ist eine Entscheidung, keine Entscheidung zu treffen. Er entspricht daher dem liberalen Verständnis einer metaphysischen Stimmennthaltung viel mehr als der etwas aberwitzige Glaube, der Embryo besitze von einer bestimmten Woche an Menschenwürde und vorher nicht. Wer hier mit kasuistischen Unterscheidungen anfängt, fällt wieder in das Zeitalter der Glaubenskriege zurück, dem der kühle Formalismus der politischen Terminologie der Neuzeit erfolgreich entronnen war. Der moderne Staat lässt es dahingestellt, ob der Mensch eine unverlierbare Würde hat. Aber er weiß, dass er selbst seine Würde einbüßen kann, wenn er den Menschen nicht unterschiedslos Würde zuschreibt.

(Mark Siemons am 25. Mai 2001 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung)